

17.04.96

Unterrichtung
durch die Bundesregierung

**Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Entlastung der Rechtspflege
(strafrechtlicher Bereich)**

Der Chef des Bundeskanzleramtes
Bundesminister Friedrich Bohl
031 (121) - 441 00 - Re 161/96 (NA 1)

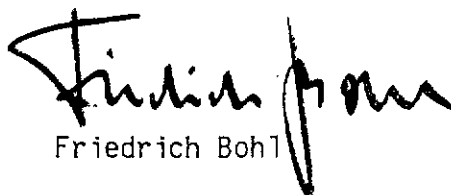
Bonn, den 17. April 1996

An den
Präsidenten des Bundesrates

Zu dem vom Bundesrat in seiner 694. Sitzung am 1. März 1996 beschlossenen und
am 7. März 1996 zugeleiteten

Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Entlastung
der Rechtspflege (strafrechtlicher Bereich)
(BR-Drs. 633/95 - Beschluß)

hat die Bundesregierung mit Rücksicht auf den Umfang der Vorlage und die
Schwierigkeit der Materie beschlossen, gem. Art. 76 Abs. 3 Satz 3 des
Grundgesetzes eine Fristverlängerung von sechs auf neun Wochen zu verlangen.


Friedrich Bohl